

Fragenkatalog für das Fachgespräch zum Thema „Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit“ des Ausschusses Digitale Agenda am 9. November 2016

1. Welches Potenzial besitzt die Digitalisierung für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ)? Welche Bereiche der Digitalisierung (Digitalisierung in Entwicklungsorganisationen, Breitbandausbau, mobile Anwendungen, Start-ups, Industrie 4.0, E-Government, Open Data, mediale Öffentlichkeit etc.) sind dabei von besonderer Bedeutung?

Der Digitale Wandel ist ein Paradigmenwechsel, der die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie in anderen Politikbereichen grundlegend verändert. Die Digitalisierung kann in der Entwicklungszusammenarbeit viel zum positiven Verändern, sie bietet eine Chance, den Grundsatz der partizipativen Zusammenarbeit mit Leben zu füllen. Dies gilt vor allem für die Öffnung von Prozessen und die Einbeziehung von Zielgruppen. Technologien wie Crowdmapping und andere Soziale Medien können genutzt werden, um Vorhaben zu planen und zu evaluieren. Das Wissen, das in Projekten generiert wird, kann zur freien Vervielfältigung bereitgestellt werden. Durch offene Daten kann die Entwicklungszusammenarbeit an Transparenz und Kohärenz gewinnen.

Eine Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist es, gemeinsam mit Partnerregierungen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Digitalisierung für Entwicklungsprozesse zu schaffen. Hierzu gehören vor allem infrastrukturelle und legislative Rahmenbedingungen. Zugang zum Internet sollte als Grundrecht für alle Menschen verstanden werden.

2. Welche Technologien spielen bei der Digitalisierung in der Entwicklungszusammenarbeit eine besondere Rolle (Computer, Smartphones, Glasfaser, mobiles (Breitband-?) Internet)? Wie können die Chancen und Möglichkeiten mobiler Kommunikation, insbesondere Smartphones und Tablets, dafür genutzt werden, Menschen in Ihren Heimatländern aus- und weiterzubilden bzw. fachlich zu qualifizieren, um damit zu Wachstum und Wohlstand in Ihren Heimatländern beizutragen?

Eine Empfehlung ist durch den Aufbau lokaler IKT Communities, die Entwicklung von lokalen Inhalten und angepassten, nachhaltigen Lösungen zu fördern. Hierzu gehört die Unterstützung offener Lösungen, die Anpassung, Weiterentwicklung und Lokalisierung ermöglichen, statt geschlossene Lösungen, die neue Abhängigkeiten schaffen. Dazu gehört die Entwicklung lokaler IT Sektoren und Start-ups. Digitale Infrastrukturen und Zugang zum Internet sind hierfür Grundvoraussetzungen.

Wir sollten keine proprietären Lösungen exportieren, sondern die Entwicklung lokaler Anwendungen und digitaler Ökosysteme unterstützen. Das gilt auch für die Kooperation mit der Privatwirtschaft – statt auf bestimmte in Deutschland hergestellte Softwarelösungen zu setzen, sollte es um Austausch und Partnerschaften gehen und um die Befähigung eigene Lösungen in Partnerländern durch lokale Anbieter zu erstellen. Ebenso sollte im Hardwarebereich auf die Befähigung zur lokalen Produktion und Reparatur gesetzt werden.

3. In vielen Regionen der Welt ist die fehlende Netzinfrastruktur oft das große Hindernis für die digitale Teilhabe. Ohne einen Zugang zum Netz, der gewisse Standards erfüllt, sind viele digitale Anwendungen – auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit - nicht nutzbar. Welche Schritte müssten unternommen werden, um die Netzinfrastruktur in benachteiligten Regionen zu verbessern?

Freie und offene Infrastrukturen sollten gefördert werden, damit sichere, staatlich unabhängige und bezahlbare Internetzugänge gewährleistet sind. Menschen müssen befähigt werden, digitale Medien zu nutzen. EZ-Organisationen können in Kooperation mit Partnerregierungen die Entwicklung

rechtlicher Rahmenbedingungen unterstützen, vom Aufbau von Internetknotenpunkten, Interoperabilität von Anbietern, Standards für die Gemeinschaftliche Nutzung von Infrastrukturen (Bsp. Schweden), bis zur Regulierung der „last mile“. Ein Ziel sollte sein, Gemeinden beim Aufbau lokaler Märkte und den nachhaltige Aufbau öffentlicher, freier Internetinfrastrukturen, auch durch lokale und Mesh-Netzwerke, zu fördern.

4. Welche Bedeutung kommt offenen Daten in der EZ, zum Beispiel im Bereich der Korruptionsbekämpfung, aber auch für die Schaffung innovativer Anwendungen und Dienstleistungen, zu?

Daten, die im Zusammenhang mit Vorhaben gesammelt werden, sollten möglichst in offenen Formaten zur Verfügung gestellt werden, damit sie maschinenlesbar sind und weiter bearbeitet werden können. Auf dieser Basis können neue Applikationen und Verwendungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit einem Beitrag zur Öffnung und Verbreitung von Wissen und Daten kann die deutsche EZ auch einen Beitrag zur Innovationsförderung in ihren Partnerländern leisten.

Daten sind die „Währung unserer Zeit“. Immer mehr Personen, Unternehmen und Staaten erkennen den Wert von Daten. Das neue Schlagwort heißt Big Data. In der Tat eröffnet die Sammlung, Aggregation und Auswertung von Daten neue Möglichkeiten für Planung, das Monitoring und Evaluation von Vorhaben und befördert neue Geschäftsmodelle. ABER: Wer Daten sammelt, trägt auch Verantwortung. Das gilt insbesondere für personenbezogene Daten, die oft im Rahmen von Entwicklungsvorhaben gesammelt werden. Datensicherheit und Datenethik sind grundlegende Themen, mit denen sich Entwicklungsorganisationen auseinandersetzen müssen.

Oft werden Daten ohne vorherige Zustimmung von Bürgern gesammelt, analysiert und veröffentlicht. Leider gilt dabei meist: je ärmer die Menschen, desto weniger wird ihr Recht auf Privatsphäre und ihre informationelle Selbstbestimmtheit gewährt. Datenethik sollte daher für jede Entwicklungsorganisation ein sektorübergreifendes Thema sein. Eine Minimalforderung ist, dass EZ-Organisationen in ihren Vorhaben die nationalen bzw. EU Datenschutzstandards anwenden. Transparenz für Partner und Zielgruppen sollte gewährleistet werden.

5. Welche Bedeutung haben die Themengebiete Open Access, Open Source und Standards sowie Commons in der digitalen Entwicklungshilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit?

Projekte wie Wikipedia, aber auch eine Reihe anderer gemeinschaftlicher Projekte, zeigen den Bedarf und die Fähigkeit von Menschen, ihr Wissen auszutauschen und als Beitrag zu einer globalen Wissensallmende zu teilen. Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist offene Wissensgenerierung ein wichtiges Instrument. Wenn Daten, Informationen und Wissen frei zum Teilen verfügbar gemacht werden, können mehr Menschen daran teilhaben. Durch die Offenlegung von Prozesswissen und die freie Veröffentlichung von Bildungsmaterialien können zum Beispiel lokale Innovationen und Entwicklungsvorhaben unterstützt werden. Aus diesem Grund sollte Wissen, das im Rahmen von GIZ-Vorhaben produziert wird, prinzipiell frei verfügbar gemacht werden, um eine Verbreitung und Weitergabe und somit einen höheren Wissenstransfer zu ermöglichen. **Offene Lizenzen** sind ein wichtiges Mittel zur Unterstützung von Wissensverbreitung in der digitalen Welt und zur Beförderung lokaler Innovationen. Offene Lizenzen wie Creative Commons sollten daher insbesondere für Publikationen und für Trainingsmaterial angewendet werden und die Anwendung in Partnerländern gefördert werden. Auch die Offenlegung von Methoden- und Prozesswissen sowie Erfahrungen, z.B. in Form von Lessons Learned oder Fail-Case Studies, kann eine wichtige Grundlage für weiteres Lernen und Innovation sein. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Urheberrecht wird in diesem Kontext als wichtig eingestuft und der Ansatz von Creative Commons als zielführend.

6. Wie kann digitale EZ zu besseren Bildungsperspektiven in den Partnerländern beitragen? Wie kann Digitalisierung den Wissens- und Kompetenztransfer erleichtern und verstärken? Wie bewerten sie die Maßnahmen der deutschen EZ in diesem Bereich? Wie schätzen Sie die Digitalisierungsstrategien der großen Player der deutschen EZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutschen Welle (DW) etc.) ein? Wo besteht Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf? Welche Rolle sollten Open Educational Ressource (OER) spielen? Ist der Wissenstransfer ausreichend institutionalisiert, dass auch umgekehrt von Innovationen in Entwicklungsländern gelernt werden kann?

7. Welchen Stellenwert hat das Thema Digitalisierung in der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen (VN)? Teilen Sie die Einschätzung, dass – etwa unter den Stichworten Infrastruktur und Bildung – den Themen Digitalisierung und Vernetzung eine weitaus größere Bedeutung zukommen müsste, nicht zuletzt, um die Ziele der Agenda erreichen zu können?

8. Wie bewerten Sie das deutsche Engagement im Bereich digitale EZ – sowohl inhaltlich als auch strukturell als Teil der gesamten deutschen EZ? Welche anderen internationalen Akteure gibt es, wo gibt es Vorbilder und Best Practices?

Auch wenn in den letzten Jahren die Mittel erheblich aufgestockt wurden, bleibt im Vergleich zu anderen Geberländern das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als auch der deutschen Wirtschaft überschaubar. Sowohl im Infrastrukturausbau als auch im Bereich der Förderung lokaler Innovationen sind z.B. Schweden, Großbritannien, die USA oder auch die Niederlande in den vergangenen Jahren mit mehr Experimentierfreudigkeit vorangegangen, Stiftungen und NGOs wie Hivos, OSF, aber auch staatliche Institutionen wie USAID und NORAD, sind der deutschen EZ in ihrer Strategie und angepassten Förderungsangeboten voraus. Siehe hierzu auch: http://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/policy_brief_snv_digitalstrategien_von_geberlaendern.pdf

Dabei könnten wir einen bereichernden Beitrag spielen. Sowohl im Ausbau von Basis-Infrastrukturen, bei der Entwicklung dezentraler, lokaler Netze als auch bei der Entwicklung von IT-Sicherheitslösungen, Kryptographie, Open Source Technologien und vor allem zu legislativen Fragen wie Datenschutz und Urheberrecht haben wir in Deutschland viel Expertise anzubieten.

9. In welchem Rahmen und mit welchen Kooperationspartnern (Öffentliche Partner, Wirtschaft, NGOs, Zivilgesellschaft) ist digitale Entwicklungspolitik besonders erfolgreich? Was sind Erfolgsfaktoren? Wie kann - und sollte - Digitalisierung im Rahmen der Entwicklungshilfe Ihrer Meinung nach gefördert werden?

Nachdem über lange Zeit ein „mainstreaming Ansatz“ von der deutschen EZ verfolgt wurde und das Thema IKT kein Schwerpunkt war, wurden kürzlich neue Strukturen geschaffen und die Ressourcen erheblich aufgestockt. Leider mangelt es an Transparenz und Schnittstellen zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Es gibt weder transparente Vergabeverfahren, noch klare Eingangs- oder Kommunikationsstrukturen für zivilgesellschaftliche Organisationen, ob in Deutschland oder den Partnerländern.

Ein weiteres Problem besteht in der Nachhaltigkeit bestimmter Initiativen und Prozessen. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Strategie Digitales Afrika. Experten und Zielgruppenvertreter werden oft ohne Bezahlung im Rahmen von Veranstaltungen symbolisch eingebunden, aber die als partizipativ angekündigten Prozesse finden geschlossen statt und follow-up mit Veranstaltungsteilnehmern gibt es selten. Der schwedische Akademiker Tobias Denskus schrieb in seinem Blog eine sehr offene Kritik

hierzu verfasst: <http://aidnography.blogspot.de/2015/07/german-bmz-strategic-partnership-digital-africa-ICT4D.html>

EZ-Organisationen und Partnerregierungen sind oft strukturell nicht gut aufgestellt, wenn es um die Förderung dynamischer, sich schnell verändernder Sektoren wie IKT geht. Daher sollen relevante Akteure wie IKT Branchenvertreter, Start-ups, Hubs, zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivisten in die Gestaltung und Umsetzung von Strategien und Vorhaben einbezogen werden und diese kontinuierlich begleiten oder mit umsetzen.

10. Wie bewerten Sie das privatwirtschaftliche Engagement großer Digitalkonzerne (*Facebook, Internet.org, Google Loon, Wikipedia Zero*) in diesem Bereich? Wie sind dabei Angebote von großen IT-Firmen und Inhalteanbietern zu bewerten, die ihre eigenen Dienste kostenfrei anbieten oder eigene Dienste priorisieren, indem sie diese nicht auf ein vorgegebenes Datenvolumen anrechnen (Zero-Rating)? Gibt es andere Initiativen? Wie unterstützen die großen Internetunternehmen die entwicklungspolitischen Ziele und die Agenda der VN? Wie unterstützen deutsche Unternehmen die entwicklungspolitischen Ziele?

Digitale Lebenswelten sind von einer sehr kleinen Gruppe entscheidender Akteure dominiert. "Netzwerkeffekte" lassen dominante Akteure in einzelnen Branchen entstehen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit des Missbrauchs ihrer Marktmacht erhöht. Diese Unternehmen sind ebenfalls wichtige Knotenpunkte durch die das gesamte Internet gesteuert werden kann. Google, Facebook, Amazon, Apple – aber auch deutsche Unternehmen wie Zalando sind nur einige Beispiele für solche digitalen Kartelle, welche Teile des Internet monopolisiert haben.

Großkonzerne wie Google und Facebook beschränken sich schon lange nicht mehr auf die Bereitstellung ihrer Kerndienste. Die Großen Plattformbetreiber erschließen zunehmend andere Kernbereiche der Internetwirtschaft: Sie experimentieren mit mobilen Infrastrukturen wie Drohnen und Ballons, kuratieren die Inhalte, stellen die Betriebssysteme und dienen mittlerweile sogar als Serviceprovider. Diese vertikale Integration hat erhebliche Konsequenzen für die Strukturen des Internets. Angebote wie zum Beispiel Free Basics bzw. Zero Rating führen in vielen Entwicklungsländern zu einer anderen Nutzung und Wahrnehmung des Internets als wir es kennen. Wie eine Studie zeigte, behaupten in Indonesien 11 % der Befragten, nicht im Internet gewesen zu sein – aber Zeit auf Facebook verbracht zu haben. Die Aufgabe von Netzneutralität ist nicht der einzige Weg, Menschen den Zugang zum Netz zu ermöglichen. Die Bereitstellung von freien Internetzugängen ist eine Alternative. Die Zenzeleni Kooperative in Südafrika ist ein Beispiel für ein Wifi-Netzwerk, das von den Nutzern betrieben wird – der Gewinn wird in den lokalen Infrastrukturausbau und die Gemeinde investiert. Der Kooperative wurde eine Ausnahmelizenz von der südafrikanischen Telekommunikationsregulierungsbehörde gestattet.

11. Welches Potenzial hat digitale EZ für eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ zwischen Deutschland und seinen Partnerländern? Wo gibt es etwa Kooperationsmöglichkeiten mit der deutschen Wirtschaft?

Viele Partnerländer verstehen die Digitalisierung als Chance. Einige setzen auf IKT als treibende Wirtschaftskraft und sehen sie als Weg zur Armutsreduzierung; sie haben umfassende Visionen zur Digitalisierung ihres Landes entwickelt und sind was den Stellenwert des Themas auf der nationalen Agenda Deutschland angeht manchmal weit voraus. Ruanda beispielsweise hat mit der Strategie "SMART Rwanda" die Bedeutung des Breitbandausbaus und den Anschluss der gesamten Bevölkerung ans Internet zur Priorität erklärt, im November 2014 wurde die landesweite 4G Netzwerk freigeschaltet. Das Land ist auf dem Weg zu einem der ersten afrikanischen Middle-Income-Countries. Die deutsche EZ sollte mit kooperativen Ansätzen und neuen Methoden überzeugen, mit Austausch und Dialog statt dem bloßen Transfer von Technologien. Es besteht die

Chance auf Partnerschaft auf Augenhöhe wenn Deutschland nicht mit vorgefertigten Lösungen und Ideen sondern mit Dialog und Offenheit agiert. Auch wir suchen nach Antworten, wenn es um die großen Zukunftsfragen des digitalen Wandels geht. Digitale Ökonomien, Start-up Landschaften und innovative Ansätze in Wirtschaft- und Verwaltungsprozessen bilden sich nicht nur in entwickelten westlichen Ländern, sondern überall in der Welt heraus. Es gilt daher das voneinander lernen und den Austausch zu suchen, statt Lösungen anzubieten.

Diesen Ansatz verfolgt zum Beispiel das Global Innovation Gathering. Das Global Innovation Gathering vernetzt Innovation Hubs, Innovatoren und Unternehmer in der ganzen Welt und fördert den Austausch und die gemeinsame Entwicklung innovativer Lösungen für lokale Probleme. Bereits im Entstehungsjahr berichtete die deutsche Presse hierzu, wie zum Beispiel Zeit Online, 08.05.13 im Artikel „Jenseits des Internets“: "Das ist mal sinnvolle Entwicklungshilfe", sagt Al Banda: Menschen, die selbst etwas auf die Beine stellen, miteinander in Kontakt bringen, statt aus Europa Projekte anzubieten.“ <http://www.zeit.de/digital/2013-05/republica-retro-innovation-afrika/komplettansicht>

Ein weiteres Beispiel ist die Initiative des Lands Berlin StartHubs AsiaBerlin, welche die Vernetzung von Start-ups in Berlin, Bangalore, Manila und Jakarta zum Ziel hat. Durch das Projekt sollen langfristige Partnerschaften zwischen Startups in allen Städten gefördert werden, sowie die Netzwerkbildung und konkrete Zusammenarbeit zwischen Investoren, Hubs und Start-ups in verschiedenen Branchen.

12. Gibt es aus deutscher Sicht auch eine sicherheitspolitische Perspektive der digitalen EZ? Wie kann Digitalisierung zur Vermeidung von Flucht beitragen und Perspektiven in Heimatländern und Konfliktregionen eröffnen?

Überwachung ist eine Bedrohung für die Demokratie und behindert die wirtschaftliche Entwicklung. Ob auf nationaler Ebene wie in Ägypten unter Mubarak oder durch internationale Überwachung wie die NSA. Historische Ereignisse wie die Snowden-Enthüllungen und die arabischen Revolutionen haben die politische Relevanz aber auch die Anfälligkeit der Internets demonstriert. 2013 verabschiedete die UN Vollversammlung eine Resolution zur Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Das Recht auf Privatsphäre gilt online wie offline:

http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session27/Documents/A.HRC.27.37_en.pdf

EZ-Organisationen müssen sich an diese Ordnung halten, vor allem wenn es um den Aufbau von Überwachungskapazitäten in Partnerländern geht, sowie in ihrem eigenen Umgang mit personenbezogenen Daten. Zum Beispiel sollte der Transfer von Technologien zur Überwachung von Bürgern wie CCTV oder zur biometrischen Datenerfassung klaren Standards nach geregelt werden, die Datenschutzrichtlinien und dem Recht auf Privatsphäre entsprechen. Bei der Erfassung personenbezogener Daten sollte auf das zunehmende Risiko der Deanonymisierung geachtet werden. Verschlüsselungstechnologien sollten wann immer möglich eingesetzt werden.

13. Wie verändern sich Fluchtorganisation und Fluchtwege durch Digitalisierung, etwa durch Smartphones? Was bedeutet das für die Entwicklungspolitik? Wie können beispielsweise Flüchtlinge vor den Risiken der Flucht etwa über das Mittelmeer, vor Schleppern und Schleusern oder vor Falschinformationen gewarnt werden?

Initiativen wie First-Contact.org, eine Webseite, die die nächsten Schritte erklärt: Registrierung auf der Insel, Buchung einer Fähre nach Athen, eine Liste wichtiger Adressen von Krankenhäusern, Polizeistationen und Notunterkünften, zeigen wie hilfreich zielgerichtete digitale Informationen für

flüchtende Menschen sind. Auch hier gilt es entsprechende private Initiativen, NGOs wie Freifunk und Refugee Emancipation die Internetzugänge für Flüchtende ermöglichen oder Start-ups und privatwirtschaftliche Initiativen wie <http://www.startupboat.eu/> zu unterstützen.
<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/initiative-aus-berlin-das-startup-boat-hilft-fluechtlingen/12517990.html>

14. Welche Rolle spielt Digitalisierung beim Schutz der Menschenrechte in Deutschlands Partnerländern? Wie kann Digitalisierung zu guter Regierungsführung in Entwicklungsländern beitragen, sodass sich effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen bilden?

Nach dem NSA Skandal, durch welchen die USA massiv an Glaubwürdigkeit verloren haben, was ihre Autorität in Diskursen zur Internetregulierung angeht und die Stimmen von Ländern aus dem globalen Süden lauter und entschiedener werden, muss Europa sich stärker einbringen. In diesem internationalen Dialog sollte sich auch Deutschland eine aktive Rolle einnehmen. Die technische Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert bedeutet auch sich für freies und offenes Internet einzusetzen.

In Gesellschaften, in denen die Mehrheit der Menschen „freien“ Zugang zum Internet hat, können digitale Medien als technische Grundlage für digitale politische Debatten dienen und den Meinungsbildungsprozess erleichtern – zumindest theoretisch. In diesem Zusammenhang verweist „frei“ auf die Freiheit des Zugangs zum Internet, auf freien Zugriff auf Informationen und freie Meinungsäußerung, ohne die Angst vor Überwachung und Verfolgung. Abhängig von der politischen Kultur und dem Grad der Bereitschaft der Regierung mit ihren Bürger/innen zu interagieren, haben digitale Medien das Potential neue Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu eröffnen. Nicht zuletzt ist die Akzeptanz von und das Vertrauen in digitale Medien und deren Anwendung für politische Zwecke bei den Bürger/innen für jegliche digitale Partizipation ebenso entscheidend wie deren digitale Kompetenz. Siehe hierzu: <http://star-www.giz.de/fetch/1ukQQ1Q01Xcbe000g0/giz2014-0428en-Social-Media-Political-Participation.pdf>

15. Welche Bedeutung kommt Fragen der Internet Governance im Bereich digitale EZ zu? Welche Rolle spielen Multistakeholder-Ansätze? Wie kann auch der Rolle der Entwicklungsländer bei Fragen der Internet Governance stärker berücksichtigt werden

Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist das Thema Internetfreiheit von zunehmender Wichtigkeit. Dennoch setzen sich die meisten europäischen Entwicklungsorganisationen nicht gezielt mit dem Thema auseinander oder haben keine Positionen hierzu entwickelt, die in Regierungsverhandlungen einfließen.

Hierzu ist es wichtig, einen internationalen Dialog zwischen Europa und Ländern des globalen Südens anzuregen, eigene Ideen zur Gestaltung der Zukunft des Internets zu entwickeln, und zu diskutieren, wie Kooperationen zur Gestaltung der Zukunft des Internets zwischen Europa und Ländern des globalen Südens aussehen könnten. Die zentrale Fragestellung für diesen Dialog ist: Was für ein Internet brauchen wir in Zukunft, damit digitale Kommunikation weiterhin auch zur politischer Kommunikation genutzt und weiterhin eine bedeutsame Rolle für politische Mobilisierung und Teilhabe spielen kann und welche technischen und juristischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden?

Insbesondere sollten zivilgesellschaftlichen Akteure wie Aktivist/innen und NGOs aus dem globalen Süden unterstützt werden, sich gegenüber Regierungsvertretern zu positionieren. Projekt soll so dazu beitragen, internationale NGOs und Aktivist/innen zu bestärken, ihre Position in nationale und internationale Policy-Formulierungsprozesse und Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative *IGF Academy* von Matthias Spielkamp.